

MEMORIAL

**Journal officiel du Grand-Duché de Luxembourg
= Amtsblatt des Großherzogtums Luxemburg**

RECUEIL DES SOCIÉTÉS ET DES ASSOCIATIONS
SAMMLUNG DER GESELLSCHAFTEN UND VEREINE

C-N°2437, 15.12.2009

S. 116941

FÈB, FIR EFFENTLECH BIBLIOTHÉIKEN, Verein ohne Gewinnzweck

Sitz: Luxemburg
Handels- und Gesellschaftsregister Luxemburg F 8.156

Übersetzung des französischen Originals

SATZUNG

Im Jahre zweitausend und neun, am 24. November,
Unter den Unterzeichneten:

- 1) Reding, Jean-Marie, Staatsbeamter, Diplom-Bibliothekar (FH Köln), wohnhaft in L-3515 Düdelingen, 83, route de Luxembourg, Luxemburger;
- 2) Storn, Deborah, Gemeindebeamtenanwärterin, Diplom-Bibliothekarin (FH Köln), wohnhaft in L-9092 Ettelbrück, 35, rue Pierre Wiser, Luxemburgerin;
- 3) Lutgen, Henri, kommunaler Angestellter, Diplom-Bibliothekar (FH Köln), wohnhaft in L-1452 Luxembourg, 28, rue Théodore Eberhard, Luxemburger;
- 4) Boehles, Daphné, Staatsbeamtin, Bachelier Bibliothécaire-Documentaliste (ISIS Lüttich), wohnhaft in L-4490 Beles, 32, rue de l'Usine, Luxemburgerin;
- 5) Olmedo Moes, Patricia, Angestellte, Bachelier Bibliothécaire-Documentaliste (IESSID Brüssel), wohnhaft in L-8353 Garnich, 15, rue a Pieren, Luxemburgerin;

sowie alle nachfolgend als Mitglieder zugelassenen Personen, wird ein Verein ohne Gewinnzweck konstituiert, geregelt durch das luxemburgische abgeänderte Gesetz vom 21. April 1928 über die Vereine und Stiftungen ohne Gewinnzweck und durch die folgende Satzung:

I. Bezeichnung, Ziel Sitz, Dauer

Art. 1. Der Verein nimmt den Namen «*Fir Ëffentlech Bibliothéiken*», Verein ohne Gewinnzweck, abgekürzt FÉB, an.

Art. 2. Der Verein wirkt mit jedem geeigneten Mitteln an der Schaffung einer Stiftung zur finanziellen Unterstützung der Gründung, Aufrechterhaltung und Entwicklung von Öffentlichen Bibliotheken im Großherzogtum Luxemburg, sowie von nationalen professionellen Verbänden und Institutionen, die zu ihrer Modernisierung beitragen. Um eine effiziente Fördermittelverwendung zu gewährleisten, bietet der Verein auch Informationsdienstleistungen und Beratung für Projektträger an.

Art. 3. Die finanzielle Unterstützung wird jährlich für Aufbau und Ausstattung, Animation und Animationsmaterial, Fortbildung, Personalkosten, technische Unterstützung, Know-how und professionelle Beratung, Professionalisierungsprojekte, Modernisierung und Bewertung, Zusammenarbeit mit anderen nationalen und internationalen Akteuren, Auszeichnungen und Stipendien im Bereich der internationalen Zusammenarbeit, Auszeichnungen und Ehrungen und/oder Unterstützung zum Aufbau einer zentralen Institution für öffentliche Bibliotheken gewährt.

Art. 4. Um von der Unterstützung des Vereins profitieren zu können, müssen die Öffentlichen Bibliotheken:

- eine Standbibliothek darstellen,
- ihre Dienstleistungen für alle öffnen, unabhängig von Alter, Rasse, Geschlecht, Religion, Nationalität, Sprache oder sozialem Status zugänglich,
- Bestände und Dienstleistungen bereitstellen, die keinerlei Form von ideologischer, politischer oder religiöser Zensur oder kommerziellem Druck unterliegen,
- Sachbuchbestände
- und Bestände in mindestens einer der Amtssprachen des Großherzogtums anbieten.

Art. 5. Der Verein kann mit jeder natürlichen oder moralischen Person, öffentlich oder privat, Vereinbarungen, die die Verwirklichung ihrer Ziele fördern, abschließen. Er arbeitet mit allen zuständigen Behörden zusammen und ersucht die Unterstützung von Einzelpersonen und Gruppen, wer auch immer sie sind, die für die Erreichung seiner Ziele hilfreich sein können.

Art. 6. Der Sitz des Vereins befindet sich in Luxemburg. Er kann überallhin im Großherzogtum Luxemburg, durch einfachen Beschluss des Verwaltungsrates, verlegt werden.

Art. 7. Der Verein ist für eine unbegrenzte Dauer gebildet.

Art. 8. Der Verein verfolgt seine Aktivitäten politisch, ideologisch und religiös strikt unabhängig.

II. Mitglieder

Art. 9. Der Verein setzt sich zusammen aus:

- Vollmitglieder. Die Vollmitglieder müssen folgende Bedingungen erfüllen:
 - a) einen Jahresbeitrag von mindestens 50 Euro an den Verein zahlen und
 - b) Inhaber des akademischen Titels eines Bibliothekars, erlangt nach spezialisierten oder universitären Studien, oder durch ein als gleichwertig angesehenes Diplom, um ein hohes Maß an Professionalität betreffend die Tätigkeiten des Vereins zu gewährleisten.
- sympathisierenden Mitglieder. Die sympathisierende Mitgliedschaft wird jeder natürlichen oder juristischen Person übertragen, welche einen jährlichen Beitrag an den Verein gezahlt hat.

Art. 10. Die Aufnahme oder, gegebenenfalls, die Aufnahmeverweigerung von Mitgliedern wird vom Verwaltungsrat souverän beschlossen. Seine Entscheidung ist endgültig und muss nicht belegt werden.

Art. 11. Nur die Vollmitglieder haben in den Generalversammlungen Stimmrecht und sind für den Verwaltungsrat wählbar. Jedes Mitglied besitzt eine Stimme.

Art. 12. Vollmitglieder können an der Abstimmung teilnehmen, unter der Bedingung, dass sie ihre Beiträge spätestens drei Tage vor der Generalversammlung beglichen haben, mitsamt Beleg.

Art. 13. Die sympathisierenden Mitglieder sind in Generalversammlungen mit beratender Stimme zugelassen.

Art. 14. Die Zahl der Vollmitglieder darf nicht unter drei sein.

Art. 15. Die Mitgliedschaft geht verloren:

- durch freiwillige schriftliche Demission an den Verwaltungsrat;
- im Falle des Nicht-Begleichens des Jahresbeitrags drei Monate nach Aufforderung;
- durch Ausschluss: Die Mitglieder können aus dem Verband ausgeschlossen werden, wenn sie irgendwie den Interessen des Vereins ernsthaft schaden. Vom durch den Vorstand formulierten Ausschlussvorschlag bis zur endgültigen Beschluss der Generalversammlung, welche mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit der Stimmen der Mitglieder entscheidet, wird das Mitglied, deren Ausweisung vorgesehen ist, gänzlich von seine Funktionen suspendiert.

Art. 16. Ausgetretene oder ausgeschlossene Mitglieder dürfen der Existenz des Vereins nicht schaden und können keine Ansprüche weder auf dessen Vermögenswerte, noch auf die gezahlten Beiträge geltend machen.

III. Generalversammlung

Art. 17. Die Generalversammlung, welche sich aus allen Mitgliedern zusammensetzt, wird vom Verwaltungsrat regelmäßig einmal im Jahr und, außergewöhnlich, einberufen, jedes Mal wenn die Vereinsinteressen es erfordern oder wenn es ein Fünftel der oben genannten Mitglieder durch ordnungsgemäß begründetes Schreiben an den Verwaltungsrat beantragen.

Art. 18. Die Einberufung wird mindestens fünfzehn Tage vor dem Tag der Generalversammlung festgelegt, mit jedem geeigneten Mittel, die vorgeschlagene Tagesordnung erwähnend.

Art. 19. Hinsichtlich der Abstimmungsverfahren ist den Mitgliedern erlaubt, sich durch ein anderes Mitglied mit Hilfe einer schriftlichen Vollmacht vertreten zu lassen.

Art. 20. Jeder schriftliche Vorschlag, von mindestens einem Zwanzigstel der Mitglieder unterzeichnet, welche auf der letzten Jahresliste aufgeführt sind, muss auf die Tagesordnung gebracht werden. Keine Entscheidung kann über einen Punkt gefasst werden, der nicht dort aufgeführt ist.

Art. 21. Die Generalversammlung wird vom Präsidenten des Vereins geleitet oder, in dessen Abwesenheit, vom Sekretär oder, in dessen Abwesenheit, vom Schatzmeister.

Art. 22. Die Generalversammlung muss obligatorisch über folgende Punkte abstimmen:

- Bestimmung der minimalen Beitragshöhe;
- Entlastung des Verwaltungsrates;
- Satzungsänderungen;
- Ernennung und Abberufung der Verwalter und Kassenprüfer;
- Billigung des Haushalts und der Konten;
- Auflösung des Vereins.

Art. 23. Die Generalversammlung kann nur rechtswirksam über Satzungsänderungen abstimmen, wenn diese speziell in der Einberufung festgelegt sind und wenn die Versammlung zwei Dritteln der Mitglieder umfasst. Eine Zwei-Drittel-Mehrheit ist für jede Änderung erforderlich. Wenn zwei Drittel der Mitglieder in der ersten Versammlung nicht anwesend oder vertreten sind, kann eine zweite Sitzung einberufen werden, die unabhängig von der Anzahl der anwesenden Mitglieder abstimmen darf; in diesem Fall bedarf die Entscheidung vorbehaltlich der Zustimmung des Zivilgerichts.

Allerdings, wenn die Änderung sich auf eines der Ziele bezieht, für die die Vereinigung gegründet wurde, oder die Auflösung betreffend, sind diese Regeln wie folgt geändert:

- a) Die zweite Versammlung ist nur beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der Mitglieder anwesend sind,
- b) die Entscheidung in einer oder anderen Versammlung ist nicht zulässig, wenn sie nicht mit einer Drei-Viertel-Mehrheit der anwesenden Mitglieder gestimmt wird,
- c) wenn in der zweiten Versammlung zwei Drittel der Mitglieder nicht anwesend sind, muss die Entscheidung vom Zivilgericht gebilligt werden.

Art. 24. Die Resolutionen der Generalversammlung werden den Mitgliedern und Dritten durch jedes geeignete Mittel bekannt gemacht.

Art. 25. Die Versammlung ernannt zwei Kassenprüfer. Deren Mandat ist nicht vereinbar mit dem sich im Amt befindlichen Verwaltungsratsmitglied.

IV. Verwaltung

Art. 26. Der Verein wird von einem Verwaltungsrat von mindestens drei und maximal sieben Mitgliedern geleitet. Die Verwalter werden von der Generalversammlung mit einfacher Mehrheit der gültig abgegebenen Stimmen gewählt.

Art. 27. Der Verwaltungsrat prüft an den Verein gerichtete Anträge auf Unterstützung und entscheidet über die optimale Verwendung der Vereinszuschüsse. Er veröffentlicht einen jährlichen Tätigkeitsbericht.

Art. 28. Die Verwalter werden unter den Vollmitgliedern ausgewählt. Die Verwalteranzahl, die Teil des Personals einer öffentlichen Bibliothek im Großherzogtum sind, darf zwei nicht überschreiten.

Art. 29. Die Amtszeit der Verwalter beträgt drei Jahre. Die Verwalter suchen unter sich, durch einfache Mehrheit, die aus, die die Funktionen des Präsidenten, Vizepräsidenten, Sekretär und Schatzmeister ausüben.

Im Falle einer freien Stelle kann der Verwaltungsrat die Ersetzung durch Kooptierung vorsehen, vorbehaltlich der Zustimmung der nächsten Generalversammlung.

Die Befugnisse der Verwalter sind die, die sich aus dem Gesetz und dieser Satzung ergeben. Die Verwalter sind wieder wählbar.

Art. 30. Der Verwaltungsrat tritt jedes Mal zusammen, wenn die Vereinsinteressen es verlangen. Ebenso muss der Verwaltungsrat sich auf Antrag von zwei Drittel seiner Mitglieder oder auf Antrag seines Präsidenten treffen. Die Verwalter sind durch jedes geeignete Mittel einzuberufen.

Art. 31. Eine interne Verordnung kann durch den Verwaltungsrat festgelegt werden. Diese Verordnung kann auch zusätzliche Bestimmungen festlegen, darunter diejenigen die in Zusammenhang mit der Durchführung von praktischen Tätigkeiten des Vereins stehen.

Art. 32. Der Verwaltungsrat kann nur in Anwesenheit der Mehrheit seiner Mitglieder beschlussfähig entscheiden. Er trifft seine Entscheidungen mit der Stimmenmehrheit der anwesenden oder vertretenen Mitglieder. Bei Stimmengleichheit ist die Stimme des Präsidenten, oder seines Stellvertreters, ausschlaggebend.

Art. 33. Der Verwaltungsrat führt die Geschäfte und verwaltet die Vermögenswerte des Vereins. Er führt die Richtlinien, die ihm von der Generalversammlung zugewiesen wurden, gemäß dem Vereinszweck, aus.

Art. 34. Der Präsident repräsentiert den Verein. Im Falle von Abwesenheit wird er durch den Sekretär ersetzt, oder, in dessen Ermangelung, durch den Schatzmeister. Ein oder mehrere Vizepräsidenten übernehmen andere Aufgaben je nach Notwendigkeit. Der Sekretär ist für die Schriften des Vereins verantwortlich. Der Schatzmeister verwaltet die Konten.

Art. 35. Die Ämteranhäufung ist zulässig, wenn es der Verwaltungsrat mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit der anwesenden oder vertretenen Mitglieder beschließt.

Art. 36. Der Verwaltungsrat vertritt den Verein in Beziehungen mit Dritten. Damit der Verein ordnungsgemäß gegenüber diesen Dritten verpflichtet ist, sind die Unterschriften des Präsidenten und eines sich im Amt befindenden Verwalters erforderlich.

Art. 37. Der Verwaltungsrat legt jährlich den Aktivitätsbericht, die Kasse des abgelaufenen Jahres und einen Haushaltsvoranschlag der Zustimmung der Generalversammlung vor.

Art. 38. Das Geschäftsjahr beginnt am 1. Januar eines jeden Jahres. Die Konten werden am 31. Dezember abgeschlossen und der Generalversammlung mit dem Bericht der Kassenprüfer vorgelegt.

Art. 39. Der Verwaltungsrat kann, unter seiner Verantwortung, seine Befugnisse für besondere Angelegenheiten an einen seiner Mitglieder oder an Dritte übertragen.

Art. 40. Alle in den Organen des Vereins ausgeübten Ämter besitzen einen ehrenamtlichen Charakter und sind von jeder Vergütung ausgeschlossen.

V. Mitgliedsbeiträge und Einnahmen

Art. 41. Der maximale jährliche Mitgliedsbeitrag darf 250 Euro nicht überschreiten.

Art. 42. Die Vereinserträge ergeben sich aus:

- Mitgliedsbeiträgen;
- Veranstaltungs- und Veröffentlichungserträgen;
- Spenden und Vermächtnissen zu seinem Vorteil;
- Subsidien und Subventionen;
- Zinsen auf Kapital.

Die obige Aufzählung ist nicht begrenzt.

VI. Auflösung und Liquidation

Art. 43. Die Auflösung und Liquidation des Vereins erfolgen in Übereinstimmung mit den bezüglichlichen Bestimmungen der existierenden Gesetzgebung.

Art. 44. Im Falle der Vereinsauflösung wird der Besitz der *Fondation du Luxembourg* zugeführt, um ihm einer Bestimmung zu übergeben, die sich dem Zweck dieses Vereins, für den er gegründet wurde, so weit wie möglich näher kommt.

VII. Schlussbestimmungen

Art. 45. Für alle Punkte, die nicht von dieser Satzung geregelt sind, wird auf die Bestimmungen der existierenden Gesetzgebung betreffend die Vereine ohne Gewinnzweck verwiesen.

Veröffentlichungsreferenz: 2009149850/167.

(090181559) Deponiert beim Handels- und Gesellschaftsregister in Luxemburg, am 26. November 2009.
